

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe april 2005



Herausgeber, V.i.S.d.P.

Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Strasse 8
10117 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Jan Valentin
Deichsel, Violetta Hart-
mann, Gaby Heise, Maren
Jasper, Volker Jürgensen,
Kurt M. Lehner, Udo v.
Massenbach, Katja v. Maur,
Peter Pawlowski, Martina
Rozok, Christoph Santl,
Henner Schmidt, Stefan
Scholz, Tim Stuchtey,
Corvin Tolle

Autoren dieser Ausgabe

Stefan Kapferer, Martin
Lindner, Michael Saß,
Sascha Tamm, Madeleine
Voigt

Leserbriefe

Ina Ritter

FDP in Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.liberalweb.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
ihres Autors wieder, nicht
die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe april 2005

www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,
nicht unerfreulich ist es, was man beim Blick auf unseren FDP-
Bundesverband derzeit so zu entdecken vermag. Unser Berliner
Erfolgsmodell einer dynamischen Doppelspitze steht hoch im
Kurs, wie auch die hervorragende Idee eines Teams profilierter
(Themen-)Gesichter; innerparteiliche Profilierung erfolgt über je-
denfalls ansehnliche und recht konsistent und aufrichtig liberale
Positions- und Programmschriften; und für das Amt des General-
sekretärs wird der Bundesvorsitzende den hierfür hervorragend
geeigneten Dirk Niebel vorschlagen.

Wir sind die Partei, welche will, dass die den Menschen die Chan-
ce auf ein selbst gestaltetes Leben haben – diese Botschaft gilt es,
den Bürgerinnen und Bürgern erfahrbar zu machen. Wir sind die
Partei, welche dem Staatswesen und nicht zuletzt seinen Finanzen
eine vernünftige Ordnung geben will – das müssen wir den Bür-
gerinnen und Bürgern verständlich machen.

Mit einem redlichen Erscheinungsbild werden wir Erfolg haben.
Durch gemeinsames Wirken vieler Köpfe für die liberale Sache
und die Partei der Freiheit im Geiste der Zusammenarbeit werden
wir Erfolg haben. In diesem Sinne sollte man auch Otto Graf
Lambsdorff verstehen, wenn er sagt, „die FDP kommt mit ihren
Thesen einfach nicht so rüber, wie es notwendig und im Übrigen
auch gerechtfertigt wäre.“ Ja, es gibt viel zu tun bis 2006. Packen
wir es an, unaufgeregt und beharrlich.

Wahrlich keinen Mangel hat die FDP an Heilerwartungen ge-
genüber der Person des Bundesvorsitzenden. Arbeiten wir nun an
einer Partei, welche von Vielen, prominent wie unbekannt, effi-
zient und effektiv zum Erfolg geführt wird.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Man kann das ganze Volk
eine Zeit lang täuschen,
und man kann einen Teil des Volkes
die ganze Zeit täuschen,
aber man kann nicht das ganze Volk
die ganze Zeit täuschen.

Abraham Lincoln

Lagebericht des Vorsitzenden

Motiviert zur Sache

von *Henner Schmidt*

Liebe Parteifreunde, der neue Bezirksvorstand ist mit einer inhaltlichen Offensive gestartet. In einer zweitägigen Klausurtagung haben wir wesentliche Schwerpunkte der Arbeit erarbeitet, konkrete Aufgaben unter uns verteilt und erste Maßnahmen für die Umsetzung unserer Themen entwickelt. Zu jedem wesentlichen Thema gibt es nun eine/n Verantwortliche/n, der bzw. die das inhaltliche Profil systematisch vorantreibt, Experten innerhalb und außerhalb der Partei einbindet und der Presse als Ansprechpartner zur Verfügung steht (siehe Tabelle am Ende).



Eine Tagung der BVV-Fraktion mit den Mitgliedern unseres Bezirksverbandes, die sich als Experten für einzelne Themen gemeldet hatten, hat die Kernthemen weiter vertieft und deren konkrete kommunalpolitische Umsetzung vorbereitet. Jedes Mitglied, das besondere Expertise einbringen will, kann sich übrigens jederzeit bei der BVV-Fraktion melden.

Folgende Schwerpunktthemen werden wir systematisch bis 2006 regelmäßig und mit konkreten Aktionen bearbeiten. Unter dem Motto „Lebendige Mitte“ werden wir dafür sorgen,

- dass wichtige Bauprojekte und die Wiedergewinnung lebenswerter Stadträume umgesetzt werden,
- dass die lokale Gastronomie von Schikanen des Bezirksamtes befreit wird und die Stadtplanung eine lebendige Club- und Kneipenkultur aktiv fördert und erhält,
- dass neue und kreative Initiativen für einen Wirtschaftsaufschwung in Mitte gestartet werden,
- dass die Integration der zugewanderten Menschen, besonders der Kinder gefördert wird,
- dass die freien Schulen in Mitte ein besonders unterstützendes Umfeld finden und sich gerne hier ansiedeln.

Wir wollen mit diesen Themen unseren Bezirk Mitte entwickeln und ihn durch liberale Initiativen prägen. Wir werden außerdem unserem FDP-Landesverband herausfordernde inhaltliche Anstöße geben.

Die starke inhaltliche Position unseres Bezirksverbandes schlägt sich auch darin nieder, dass

wir eine Reihe von Landesfachausschussvorsitzenden stellen, denen ich herzlich zu ihrer Wahl gratuliere: Maren Jasper für Umwelt und Energie, Christian Platzer für Kultur und Medien (in der Nachfolge von Bernhard Elias) und Tim Stuchtey für Hochschulen, Forschung und Technologie.

Auf dem nächsten Landesparteitag wird unter starker Beteiligung von Mitte das Thema Standortmarketing, also die zentrale Frage, wie man Arbeitsplätze nach Berlin bringt, bearbeitet. Katja v. Maur, Madeleine Voigt und Michael Sass haben sich dabei sehr engagiert, auch ich selbst konnte meine Erfahrungen einbringen. Zudem bringt der Landesfachausschuss Umwelt und Energie einen Dringlichkeitsantrag zur Feinstaubproblematik ein, der vorwiegend aus unserem Bezirksverband stammt.

Unseren Anspruch, in unserem Bezirk Flagge zu zeigen, sollten wir auch am 8. Mai umsetzen. Alle Leser des LC möchte ich deshalb bitten, am 7. und 8. Mai an den Veranstaltungen des „Tages der Demokratie“ rund um das Brandenburger Tor teilzunehmen. Der 8. Mai 1945 war der Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die Vertreibung und das Leid der Flüchtlinge waren Folgen des von Deutschland begonnenen Krieges. Den Rechtsextremen, die diesen Zusammenhang vergessen machen wollen, müssen wir gemeinsam am 7. und 8. Mai entgegentreten.

Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Motivation für die liberale Sache und freue mich über Ihr Engagement.

Henner Schmidt (OV Friedrichstadt) ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte

Henner Schmidt	Stadtentwicklung, Verkehr, Soziales
Maren Jasper	Umwelt, Grünflächen, Quartiersmanagement
Peter Pawlowski	Bildung, Schulen
Katja v. Maur	Wirtschaft, Haushalt und Finanzen
Violetta Hartmann	Sport
Wolf-Dieter Hasenclever	Verwaltungsreform
Erwin Loßmann	Sicherheit, Inneres
Michael Braun	Kultur
Bettina v. Seyfried	Integration und Migrantinnen/Migranten

Kommentar aus Mitte

Reformstau – Politikversagen – Parteireform?

von *Michael Saß*

Hatten Sie neulich auch dieses Déjà-vu-Erlebnis? Ein Bundespräsident hält eine eindringliche Rede zur Lage der Nation, es gibt eine Woge der Zustimmung und anschließend herrscht in der Politik wieder business as usual. Schon einen Tag nach Horst Köhlers jüngster Reform-Rede gab es beim „Job-Gipfel“ von Rot-Grün und CDU/CSU unter dem Strich mehr Dissens als Annäherung. Und auch der Minimalkonsens einer Unternehmenssteuerreform kann jederzeit aus wahltaktischen Gründen wieder einkassiert werden. Wer die Hauptakteure vor und nach dem Gipfel in den einschlägigen Fernseh-Talkshows sah, hörte jedenfalls sehr viel Altbekanntes. Nicht zum ersten Mal entstand der Eindruck, den Diskussionsverlauf und alle Wortbeiträge schon hundertfach gehört zu haben. Parteipolitik, die in Ritualen erstarrt ist. Kein Wunder, dass sich viele Bürger abwenden.

Nun war die FDP an dem jüngsten Gipfel nicht beteiligt. Unvoreingenommene Beobachter werden unserer Partei aber bescheinigen, dass sie sich in ihrem ritualisierten Verhalten wenig von der politischen Konkurrenz unterscheidet. Nun soll hier nicht über die Bundespartei und schon gar nicht über unsere Wettbewerber lamentiert werden. Der Parteienstaat, das sind auch wir selbst. Hier ergibt sich ein weiteres „Déjà-vu“: In den 90er Jahren ging das Wort von der „Politikverdrossenheit“ durch Medien und Parteien. Schon damals war eine Kluft zwischen Parteien und vielen, auch engagierten, Bürgern zu beklagen. Einige Parteien nahmen dies zum Anlass, um über sich selbst nachzudenken. Auch die FDP. Ideenschmiedern zur Parteireform hatten Konjunktur. Rückblickend ist allerdings von den Vorschlägen, die unsere Parteistrukturen schlanker, offener und attraktiver machen sollten, nicht viel geblieben.

Heute stellt sich wieder die Gretchenfrage: Was tun wir in der FDP, um nicht als Bestandteil eines erstarrten Politikbetriebs wahrgenommen zu werden? Was können wir gerade auch auf der Orts-, Bezirks und Landesebene tun, um unsere Strukturen offener, unsere Entscheidungsmechanismen transparenter und unsere Debatten kreativer zu machen?

Mehr Partizipationsmöglichkeiten für Mitglieder wären ein Anfang. Es ist nur schwer nachvollziehbar, warum in der Berliner FDP schon für Entscheidungen auf der Bezirksebene das Delegiertenprinzip gilt. Es gibt in Deutschland liberale Kreisverbände, welche deutlich mehr Mitglieder haben als ein durchschnittlicher Berliner Bezirksverband, in denen gleichwohl jedes Mitglied an den personellen und den programmatischen Entscheidungen teilhaben kann.



Aber auch hinsichtlich der Transparenz ihrer Strukturen und Personen sollte eine liberale Partei Vorreiterin sein. Dazu könnte eine Reduzierung der nicht selten anzutreffenden Unsitte der Ämterhäufung, eine partei-interne Amtszeitbegrenzung sowie eine aktive Offenlegung der Nebeneinkünfte von Mandatsträgern beitragen. Nicht zuletzt sollten wir erneut darüber nachdenken, wie wir liberal gesinnte Persönlichkeiten ohne Parteibuch – auf allen Ebenen – in unsere Arbeit einbinden und damit unsere Breitenwirkung erhöhen können.

Erste Ansätze sind erkennbar. Dazu gehört die Diskussion darüber, die Kandidaten zur BVV- und Abgeordnetenhauswahl in Bezirksmitgliederversammlungen zu wählen. Auch unser programmatisches Eintreten für mehr Bürgerbeteiligung im Land Berlin passt gut zu einer Partei, die Menschen wieder stärker für demokratisches Engagement begeistern will.

Aber wir müssen noch mehr tun. Warten wir nicht auf Reformen „von oben“. Reformieren wir unser politisches System von unten und fangen wir bei uns selbst an.

Michael Saß ist stellvertretender Vorsitzender des OV Tiergarten

Gastkommentar

Eine neue Generation für einen neuen Stil der Auseinandersetzung

von *Stefan Kapferer*



Die FDP sei programmatisch ohne klare Konzepte, es fehle ihr an Personal mit Zukunftsperspektiven, ein eigenes Profil im politischen Wettbewerb sei nicht vorhanden - wer kennt sie nicht, die ewig gleichen Wiederholungen falscher Behauptungen über die FDP in den Medien. Ihre ständige Wiederholung macht sie zwar nicht zutreffender, aber leider wirksamer.

Sich rechthaberisch auf die Position zurückziehen, die FDP habe doch eindeutige Beschlüsse zur Zukunft der Krankenversicherung, zur Unternehmenssteuerreform oder zum Bürokratieabbau und unterscheide sich damit offensichtlich von Union, Grünen und SPD mag bequem sein, bleibt aber sicher wirkungslos. Und der frühere Ausweg, sich über die Unzufriedenheit mit der FDP unter Verweis auf ihre unverzichtbare Funktion im Parteiensystem hinwegzuretten, ist nach sieben Jahren Opposition längst verbaut.

Die FDP braucht für den Wettbewerb mit der politischen Konkurrenz einen neuen Stil der Auseinandersetzung und eine neue politische Generation.

Bevor etwas hineininterpretiert wird, das nicht gemeint ist: Dies ist weder ein Plädoyer für die Abwahl von Guido Westerwelle noch für die Ablösung von Wolfgang Gerhardt. Wohl aber

ein Plädoyer an die jungen Verantwortungsträger in Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen, den Verdrängungswettbewerb in der zweiten Reihe der Partei zu eröffnen. Nicht deshalb, weil frische Gesichter per se bessere Gesichter wären. Sondern vor allem deshalb, weil die FDP den Stil der Auseinandersetzung mit unserem Hauptgegner, den Grünen, verändern muss. Und diese Veränderung schafft nur, wer politisch sozialisiert wurde als es die Grünen schon gab.

Wer im klassischen Drei-Parteien-System der Bundesrepublik groß geworden ist, für den bleiben die Grünen, was sie anfangs waren: Anti-Partei außerhalb des bürgerlichen Spektrums. Nur wer die Grünen als integralen Bestandteil des politischen Systems ‚mit der Muttermilch‘ aufgenommen hat, sieht klarer: Diese Partei kämpft in unseren sozialen Netzwerken um liberale Wähler. Dafür braucht es keine Studien über die Einkommenssituation oder den Bildungsstandard

(welche hohe Übereinstimmung bei Grünen- und FDP-Wählern bestätigen), dafür reicht das Gespräch mit Freunden und Bekannten.

Die junge Generation in der FDP kann im Wissen um diese Zusammenhänge eine neue Form der Auseinandersetzung mit den Grünen suchen. Eine Strategie des „Wir wissen es besser“ ist genauso überholt wie Bedrohungsszenarien. Gefragt ist die Auseinandersetzung auf der Straße. Natürlich nicht in Form von Demos, sondern von sozialen Netzwerken, die gepflegt werden. Wo sind die Liberalen, die sich im Förderverein der Liebermann-Villa profilieren? Wo die, die eine private Kinderbetreuungsinitiative anschieben? Oder welche, die Obdachloseninitiativen beistehen?

Im direkten Kontakt mit den Menschen wird die Auseinandersetzung mit den Grünen gewonnen. Und das gerade in der Großstadt Berlin. Denn wenn unser klareres und besseres Programm durch die persönliche Arbeit ein menschliches Antlitz bekommt, dann sehen die Grünen aus wie sie sind: Von gestern.

Stefan Kapferer ist Vorsitzender des OV Zehlendorf-Wildwest und ehemaliger Leiter der Abteilung ‚Strategie und Kampagnen‘ im Thomas-Dehler-Haus

Zum Thema

Armut im reichen Land?

von *Sascha Tamm*

Als vor kurzem der „Armut- und Reichtumsbericht“ der Bundesregierung vorgelegt wurde, war die Reaktion vieler Teile der Öffentlichkeit absehbar. Es wird beklagt, dass die



Armut, also der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung gestiegen sei. Auch der Anteil der Reichen am Gesamtvermögen nehme zu. All das sei, so der Tenor, ein Zeichen für wachsende soziale Ungerechtigkeit.

Schaut man sich jedoch die Zahlen genauer an, fällt einiges auf. Der Anteil der Menschen, die unter der so genannten „Armutsgrenze“ leben, hat sich von 12,1 Prozent im Jahr 1998 auf 13,5 Prozent im Jahr 2003 erhöht. Doch was heißt das, wenn man die zugrunde gelegte relative Armutsdefinition verwendet? Der genannte Prozentsatz der Bevölkerung hat weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung (Diese Armutsrisikogrenze liegt bei 938 Euro).

Was wird durch eine derartige Bestimmung eigentlich ausgesagt? Es handelt sich um ein Maß nicht für Armut, sondern für Einkommensungleichheit, das absurde Effekte hat. So würden nach dieser Definition Einkommenszuwächse von Menschen, die in der Mitte der Einkommensskala liegen, dazu führen, dass andere Menschen, ohne dass sich ihr Einkommen verändert hat, auf einmal als arm bezeichnet würden. Gleichzeitig können Einkommensverluste bestimmter Gruppen zu einer Abnahme der Armut führen. Geringere Einkommensspreizung bedeutet so weniger Armut. Dagegen bleibt unklar, inwieweit die Grundbedürfnisse gedeckt sind.

Eine derartige Bestimmung von Armut hat ideologische Gründe: Gleichheit wird als wichtiges gesellschaftliches Ziel gesetzt. Liberale dagegen haben nichts gegen Einkommensungleichheit. Sie haben allerdings viel dagegen, dass Menschen die Möglichkeit verwehrt wird, durch ihre Arbeit ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Genau dazu aber führt die Politik der Regulierung und Umverteilung, die mit dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit legitimiert wird.

Sascha Tamm (OV Oranienburger Tor) ist Referent am Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung

Zum Thema

Berlin als Modestadt

von *Madeleine Voigt*

Berlin auf dem Weg, Deutschlands Modehauptstadt zu werden? Vor dem Zweiten Weltkrieg entfielen 90 % der deutschen Bekleidungsproduktion auf Berlin. In den 50ern wurde Berlin zum größten Produktionszentrum Europas und nach New York zweitgrößten der Welt. Bis zum Schicksalsjahr 1961.



Ein Neuanfang? - Messen, Schulen und Designer-Labels schießen wie Pilze aus dem kreativen Boden. Es gibt durchaus spannende Ansätze, die Anziehungskraft Berlins für junge Modemacher ist größer als je zuvor. Aber Euphorie ist fehl am Platz, denn im Selbstlauf stößt man im Wettbewerb der Regionen nicht an die Spitze vor. Noch ist München reicher, Hamburg eleganter und Düsseldorf traditioneller in Modesachen. Die Berliner Szene ist bunt wie nirgends, das kreative Potential riesig und mit der Premium, der Euro-Fashion, der B-IN-Berlin und der Bread & Butter gibt es vier tolle Veranstaltungen. Die Zeit arbeitet diesmal für Berlin – nach mehreren Fehlstarts in den letzten Jahren.

Aber das, was aus der Szene mühsam heranzwächst, bedarf gezielter Unterstützung und einer koordinierenden Hand. Das vermisste ich noch beim Berliner Senat, auch wenn es in den Bezirken erste Ansätze gibt. Nicht jede Senatsförderung der letzten Jahre in diesem Bereich ist auch den Modedesignern wirklich zu gute gekommen – etliches ist im märkischen Sand sprichwörtlich versickert oder gar in andere Städte abgeflossen.

Wir sollten ein Konzept entwickeln, wie Mode und Design als Kultur- und Wirtschaftsfaktor in Berlin gefördert werden kann. Das bedeutet Vernetzung der Akteure untereinander und mit anderen Branchen wie Medien, Gastronomie und Tourismus – etwa durch ein wiederbelebtes design.net. Unterstützung und Projekte sollten nur Anschlag, also Hilfe zur Selbsthilfe sein. Förderung in so einem Ballungsraum kann auch nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen unter dem Motto: Jedem Bezirk sein eigenes Mode/Designzentrum.

Sich auf dem Ruf als hippe Szenemetropole auszuruhen, das reicht nicht!

Madeleine Voigt (OV Oranienburger Tor) ist stellv. Sprecherin des Bezirksausschusses Mitte

Aus dem Abgeordnetenhaus

Nicht nur reden – auch endlich handeln!

von *Martin Lindner*

Berlin braucht mehr Wachstum, mehr Arbeit und mehr Markt, eingeleitet durch drastische Ausgabenenkungen und flankiert von Maßnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität.



Doch es gibt bis zum Ende der Legislaturperiode keine weiteren Einsparungen, weitere Privatisierungen sind Fehlannonce, eine Verwaltungsreform gibt es nicht. Die Zahlen zum Personalabbau werden nach unten korrigiert. Gleichzeitig bemüht sich Finanzsenator Sarrazin, sein Image als Sanierer durch Vorträge und Namensartikel zu retten.

Die letzten steuerpolitischen Ergüsse, die so gar nichts mit rot-roter Landes- und rot-grüner Bundeswirklichkeit zu tun haben, brachten bei mir endgültig das Fass zum Überlaufen. Herr Sarrazin kündigt überall und immer wieder neue Reformvorhaben an, setzt diese aber nicht um. Dabei ist der Finanzsenator Mitglied dieser Regierung. Er wird fürs Handeln, fürs Machen bezahlt. Doch es bleibt nichts als heiße Luft.

FDP-Fraktion im AGH fordert umfassendes Steuerkonzept von Finanzsenator Sarrazin

In einer Großen Anfrage der FDP zur Steuerpolitik soll der Senat nun darlegen, welche der existierenden Steuerreformvorschläge auf Bundes- und Länderebene er unterstützen will und vor allem, welche eigenen Vorschläge er eingebracht hat und noch einbringen wird. Die Antwort wird sehr dünn ausfallen. Dabei stünde es uns in Berlin gut an, wenn von hier Initiativen in der Steuerpolitik ausgingen.

Ich erwarte nicht, dass Herr Sarrazin die Vorschläge der FDP eins zu eins übernimmt, aber ich erwarte zumindest eigene Vorschläge. Ansonsten sind die Äußerungen nichts als Schaumschlägerei. Wir werden auch weiterhin den Senat mit unseren Anträgen zum Handeln zwingen, z.B. die Gewerbesteuer auf 330 Punkte zu senken oder Steuersenkungen für Spitzenarbeitskräfte zu realisieren. Herr Sarrazin muss dann Farbe bekennen und vor allem zeigen, ob seine Thesen bei Rot-Rot auch mehrheitsfähig sind.

Dr. Martin Lindner MdA (BV Steglitz-Zehlendorf) ist Vorsitzender der FDP-Fraktion Abgeordnetenhaus

Aus der Landespartei

Mit Kindern geht's besser

von *Tim Stuchtey*

Die letzten Wochen waren geprägt durch Aktivitäten für unsere inhaltliche Aufstellung und die vor uns liegende Wahlkampfzeit sowie zum anderen durch das Ziel, Schaden von



der Partei abzuwenden. So ist zu hoffen, dass die Absetzung von allen Parteiämtern und der Rauschmiss aus der Abgeordnetenhausfraktion dazu führen, dass der Fall Mleczkowski und dessen persönliche Eskapaden nicht länger das Ansehen der Berliner FDP in der Öffentlichkeit belasten.

Rechtzeitig zum Landesparteitag am 16.4. ist die „Berliner Freiheit“ in gebundener Form fertig gestellt. Jetzt haben wir mit der Berliner Freiheit ein inhaltlich und optisch vorzeigbares Werk geschaffen, mit dem wir bei Multiplikatoren Berlins für unser Programm und unsere Ziele werben können. Jeder, der schon mal ein Buch herausgegeben hat weiß, dass bei einem solchen Mammutwerk auch Fehler passieren und so muss man schon schmunzeln, wenn das Umweltkapitel mit einem Bild des Grünen Punkt eingeleitet wird. Handelt es sich hierbei doch um eine Institution, die das Gegenteil unserer ordnungspolitischen Ziele symbolisiert.

Zuletzt hat der Landesvorstand die Anträge für den Landes- und den Bundesparteitag diskutiert. So soll in den Leitantrag „Berlins Stärken stärken“ noch ein Kapitel Standortmarketing eingefügt werden, wozu zwei Anträge (davon einer aus Mitte) vorliegen. Obwohl im Landesvorstand zahlreiche Mitglieder die Wirtschaftspolitik als Betätigungsfeld für sich reklamieren, wurde diese Aufgabe dem für Wissenschaft Zuständigen aufgedrückt. Was man sich dabei wohl gedacht hat?

Beim Bundesparteitag werden wir Berliner u.a. mit einem Antrag „Mit Kindern geht's besser“ aufwarten. Dieser einstimmig übernommene Antrag hat allerdings in einer Passage doch für Kritik gesorgt: „In Deutschland herrscht die Tendenz vor, erst nach Ausbildung und beruflicher Orientierung Kinder zu bekommen. Das ist oft erst mit Mitte 30 und damit eigentlich zu spät.“ Letzteres sehen sich jung fühlende Eltern wie Gaby Heise oder ich dann anders.

Dr. Tim Stuchtey (OV Tiergarten) ist Mitglied im Landesvorstand der Berliner FDP und dessen wissenschaftspolitischer Sprecher

Berichte aus Mitte

Abwahl des Stadtrats ist gescheitert

Peter Pawlowski von der BVV-Fraktion

Am 17. März wurde in der BVV der Antrag von Bündnis90/Die Grünen zur Abwahl vom Stadtrat Lamprecht (CDU) zur Abstimmung gestellt. Wie bereits in unserer Pressemitteilung angekündigt, hat die Fraktion der FDP gegen den Antrag gestimmt. Auch die erneute detaillierte Aktenprüfung (für die FDP durch Henner Schmidt) hat keine Gründe für die Abwahl des Stadtrates erbracht. Für den Antrag der Grünen stimmten 15 Verordnete, dagegen 33.

Harter Kampf um Paech-Brot. Bereits in der Februarsitzung der BVV hat sich die Fraktion für die Bebauung des Paech-Brot-Geländes im Stadtteil Moabit ausgesprochen. Die widersprüchlichen Aussagen Bürgermeister Zellers (CDU) in dieser Frage haben die FDP veranlasst, eine große Anfrage zu dem Thema zu stellen. Im Laufe der daraus entstandenen Diskussion erreichte Peter Pawlowski, dass sich nun auch die Fraktionen der CDU und der SPD für das Projekt aussprechen. Zusammen mit der SPD und CDU wurde ein Antrag formuliert, der das BA zur politischen Förderung der Millioneninvestition auffordert. Dieser wurde fast einstimmig angenommen.

Ausschreibung des Bezirksamtes rechtswidrig? Das Interessenbekundungsverfahren des BA für den Bundespressestrand verstößt nach Ansicht von Henner Schmidt gegen die Beschlüsse der BVV. Das Verfahren maßgeblich von der grünen Stadträtin Dubrau forciert, sieht die Errichtung einer ganzjährigen gastronomischen Einrichtung vor. Hingegen hatte sich die BVV ausdrücklich für eine Strandbar ausgesprochen. Auch andere Punkte der Ausschreibung erwecken den Eindruck, als handle es sich von vornherein um ein abgekartetes Spiel. Die Fristen sind viel zu kurz, das geforderte finanzielle Volumen zu hoch, von der Ausschreibung sind alle Investoren ausgeschlossen, die auf einem öffentlichen Gelände irgendeine Einrichtung betreiben. Durch diese Vorgaben wird wohl die bisherige Betreiberin des beliebten Bundespressestrandes Frau Ismayr ausgeschlossen. Für die FDP ein klarer Fall von Ideenklau!

Theodor-Heuss-Schule muss eigenständig bleiben. Die Fraktionen der FDP und CDU kämpfen gegen die Pläne der Stadträtin Hänisch (SPD), die Theodor-Heuss-Schule mit der Die-

sterwegschule zusammenzulegen. Der Schulbeirat der THO lehnt das Vorhaben des Bezirksamtes entschieden ab. Der Antrag von CDU und FDP, der darauf zielte, die Zusammenlegung der Schulen zu verschieben, wurde von SPD, PDS und den Grünen abgelehnt. Für die FDP ist in der Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen. Ohne Anhörung des Schulbeirats ist die Entscheidung des BVV-Ausschusses für Schule nicht rechtskräftig.

Metropolitan School gerettet. Nach langem Hin und Her scheint die Zukunft der privaten Metropolitan School nun gesichert zu sein. Der Antrag der FDP, mit der Schule schnellstmöglich einen Mietvertrag für das Gebäude in der Torstraße abzuschließen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Vorausgegangen war eine monatelange zum Teil ideologisch geführte Diskussion über die Existenzberechtigung einer privaten Schule in Mitte. Die Fraktion der FDP unterstützte von Anfang an die Initiative der Eltern.

www.fdp-fraktion-mitte.de

Liberales Ideen zur deutschen Bildungsmisere

von Stefan Scholz & Jan V. Deichsel

7:1 – wäre dies das Ergebnis des letzten Erstligaspiels Herthas, alle würden jubeln. Doch die traurige Wahrheit in der Bildungspolitik sieht leider anders aus. Die Staatsausgaben für Sozialtransfers der Bundesrepublik übersteigen die Mittel für Bildungsausgaben um das Siebenfache. Wie es besser geht, diskutierten lebhaft die Teilnehmer der ersten gemeinsamen Veranstaltung der beiden Ortsverbände Oranienburger Tor und Friedrichstadt am 8. März im Restaurant Löwenbräu.

Die unter dem Leitgedanken der liberalen Bildungspolitik stehende Diskussionsrunde wurde hochkarätig begleitet. Mit Wolf-Dieter Hasenclever (OV OT), Referent für Bildungspolitik der FDP-Bundestagsfraktion und Dr. Tim Stuchtey (OV Tiergarten), hochschulpolitischer Sprecher der Berliner FDP, standen den Anwesenden zwei Experten zur Seite. Erschienen waren zahlreiche Mitglieder beider Ortsverbände, aber auch aus anderen OVs, so etwa Donald Tuckwiler, Mitglied des Ortsvorstands Tiergarten und vehementer Gegner von Studiengebühren, und Sebastian Jungnickel, neuer Ortsvorsitzender von Charlottenburg-City.

Die Bundesrepublik zählt nicht umsonst zu den Pisa-Schlusslichtern. Wir investieren lediglich

4,5% unseres Bruttoinlandsproduktes in Bildung, viele Länder das Doppelte. Auch Hochschulen müssen mit der Hälfte dessen auskommen, was der OECD-Durchschnitt seiner Bildungselite zahlt. Am Anfang der Entwicklungsleiter siehst es nicht besser aus. 100.000 Schüler schwänzen täglich, sie fühlen sich durch ihre Lehrer kaum unterstützt.

Diese traurigen Fakten gaben Anlass, liberale Lösungsideen zu diskutieren. Die Einführung von kostenlosen Halbtagskindergärten und eine stärkere Grundschulfinanzierung stehen neben Forderungen der Abschaffung des Beamtenstatus' und der Erhöhungen der Schulautonomie ganz oben auf der Prioritätenliste unserer Partei. Zur Finanzierung des Studiums sollen Bildungsgutscheine verwendet werden. Wolf-Dieter Hasenclever: "Die Bildung ist vom Kopf auf die Füße zu stellen".

Neben Inhalten zur Bildungspolitik stand zusätzlich ein kommunaler Brennpunkt zur Diskussion. OT und FS verurteilten in einer gemeinsamen Pressemitteilung die Versagung eines mobilen „Coffee-Fahrrads“ durch das Bezirksamt Mitte, ein Thema, das auch die BVV-Fraktion schon seit geraumer Zeit verfolgt. Es bleibt zu hoffen, dass der vom Bezirksamt geleistete staatliche Energieeinsatz zukünftig sinnvoller im Bildungsbereich eingesetzt wird.

Zum Landesparteitag

Volker Jürgensen vom OV Wedding

Der OV Wedding hat sich in der Vorbereitung auf den 16. April mit Themen auseinandergesetzt, die auf diesem oder dem nächsten Landesparteitag per Antrag zur Diskussion gestellt werden könnten. Für den Bereich des E-Government wurde eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg angeregt. Auf diesem Gebiet kann noch vieles zur Bürgerorientierung der Verwaltungen getan werden. Ein weiteres Thema war die Einführung einer jährlichen Wirtschafts-Ansiedlungsbilanz durch das Land Berlin. Auf diese Weise können Fehler der Politik besser erkannt und damit Bedingungen geschaffen werden, die es für Unternehmen attraktiver machen, sich in unserer Stadt anzusiedeln. Kontrovers diskutiert wurde eine erhebliche Verringerung der Kompetenzen des Bundesrates bei der Gesetzgebung. Ist er Vertreter berechtigter Länderinteressen oder Blockadeinstrument der jeweiligen Oppositionsparteien? Werden notwendige Reformen im Vermittlungsausschuss zerrieben oder ausbalanciert? Wir bleiben dran.

Im Zeichen der Wirtschaft

Katja v. Maur vom OV Tiergarten

Der OV Tiergarten hat sich für das kommende Jahr drei konkrete Schwerpunktthemen vorgenommen: Wirtschaftspolitik, Bildungspolitik und Kommunalpolitik. Außerdem sollen die Mitglieder zukünftig noch intensiver und persönlicher betreut werden und stärker dazu animiert werden, sich in die Parteiarbeit einzubringen. Weitere wichtige Themen sind eine Überprüfung der Zahlungsbereitschaft und Zahlungsmoral der Mitglieder und schließlich eine Verbesserung der Außendarstellung des OV. Der nächste Brunch am 24.04. widmet sich der Wirtschaftspolitik. Vorstandsmitglied Michael Sass konnte kompetente Gesprächspartner gewinnen. Wir freuen uns auf anregende Diskussionen.

Freiheit der Religion

Udo v. Massenbach vom OV Wilhelmstadt

Religion ist ein Thema unseres Ortsverbandes – Erinnerungen einer deutschen Geschichte sind in Wilhelmstadt deutlich und gegenwärtig. Freiheit der Religion und Freiheit von Religion sind für unseren OV praktizierte Freiheit. Wir sind bereit, unsere liberale, politische Überzeugung, unseren Ruf, für die Frage der Religion einzusetzen. Wir anerkennen und respektieren den Anderen in seinem Streben nach Glück, in christlichem und jüdischem Verständnis, in buddhistischer und islamischer Tradition. Freiheit von Religion heißt damit praktizierte Freiheit der Religion. Thomas Jefferson, Mitautor der amerikanischen Verfassung, schrieb in seinem Wahljahr 1800: „Ich habe auf dem Altar Gottes die ewige Feindschaft gegen jede Form der Tyrannei über die Gesinnung des Menschen geschworen.“

Es erstaunt, dass zur Diskussion über Religionsunterricht an den Schulen die Wortführerschaft von den Kommunisten angestrebt wird, oder nicht? Lenins ‚Opium für das Volk‘ ist verinnerlicht, Freiheit, Freiheit des Wortes und der Gesinnung auch? Freiheit von Religion bedeutet durchaus Religionsunterricht, keineswegs das Fernhalten, aber auch keineswegs Freihalten. Die Kommunisten streben das Freihalten von Religion an. Freiheit der Religion – den Beweis haben sie zu erbringen versucht. Die Resultate sehen wir auch in Wilhelmstadt.

Liberaler Politik stellt die Frage: Hat der Mensch Wahlmöglichkeiten, wenn er seit der Geburt zu einem Glauben erzogen wurde? Kann ein Kind religionslos oder ein Schüler multireligiös erzogen werden? Gibt es die spätere Entscheidung?

Personalien

(au/kvm) Bunt aber immer vorbildlich waren die Klausurtagungen unseres Bezirksvorstandes sowie der BVV-Fraktion (mitgliederöffentlich) an diesem Wochenende. Kulinarisch gab es bei der Fraktion u.a. ein ordentliches Buffet; zum Bezirksvorstand hatte **Henner Schmidt**, jeweils als Vorsitzender der Gastgeber, das Bier organisiert und den Sekt unsere stellv. Landesvorsitzende **Gaby Heise** (beide Friedrichstadt), die damit auch in aller Frische als junge Mutter in den Politikbetrieb zurückkehrte. Fraktionsassistentin **Manuela Grafe** bot dem staunenden Publikum drei repräsentative Säle für die Kleingruppen-Diskussionen, während sich bei der nächtlichen Unterbringung des Vorstandes **Michael Braun** (Friedrichstadt) mit heiligem Schauer an die Tugenden des alten Sparta erinnert fühlte, welche JuLi-Chef **Christoph Santl** (Oranienburger Tor) sichtlich genoss. Wohl strukturierte Arbeit an unserer liberalen Politik gab's in Hülle und Fülle, und auch grundsätzlich wurde es, etwa als **Nils Augustin** (OT), **Peter Pawlowski** (Tiergarten), **Bettina von Seyfried** (Wedding) und **Michael Vodnitsky** (Friedrichstadt) zu dem Ergebnis kamen, aus integrationspolitischer Perspektive wäre nicht weniger als eine allgemeine Kita-Pflicht ab dem vierten Lebensjahr geboten. Personell wird etwa **Wolf-Dieter Hasenclever** (OT) nun auch im BV Mitte für Verwaltungsreformen wirken, und **Erwin Loßmann** (Wedding) ist qua Zuständigkeit für Sicherheit und Inneres jetzt unser Otto Schily.

(au) Den Umzug der FDP-Landesgeschäftsstelle in andere Büroräume in der Chausseestrasse hatte unser Geschäftsführer **Horst Krumpen** annulliert, als sich zeigte, dass eine selbständige Designerin dadurch herausgedrängt worden wäre – um dann einen repräsentativen und geräumigen neuen Sitz in der Dorotheenstrasse (Gebiet des OV Wilhelmstadt) zu finden, „näher am Reichstag als jede andere Partei.“ Auf die diskrete Nachfrage, ob denn Landes-Schatzmeisterin **Heidi Knauthe** (Charlottenburg-Wilmersdorf) schon vom edlen Coup wisse: „Unter dem Strich wird es sogar billiger als bisher.“

(au) Auf seiner Jahreshauptversammlung wählte das Liberale Wirtschaftsforum Berlin (LWB) zu seinem Vorsitzenden den stellv. FDP-Landesvorsitzenden **Klaus-Peter von Lüdeke** MdB. (Steglitz-Zehlendorf), neu im Vorstand des LWB ist aus Mitte **Anno Blissenbach** (Wilhelmstadt). Dieser war bereits Gründungsmitglied der FDP-Vorfeld-Organisation Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand (BLM), dessen Berliner Landesverband das LWB ist.

(au) In neuen Aufgaben unterwegs ist aus dem OV Friedrichstadt **Irmgard Schwaetzer**: Bei der Konferenz der Vereinten Nationen über Katastrophenvorsorge im japanische Kobe war sie als Mitglied der deutschen Regierungsdelegation und Vorsitzende des Deutschen Komitees Katastrophenvorsorge gefragte Gesprächspartnerin für Journalisten, die mehr über die Frühwarnung vor Tsunamis erfahren wollten.

(au) Auch als Vampir-Jäger macht unser Landesvorsitzender **Markus Löning** MdB (Steglitz-Zehlendorf), entwicklungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, eine gute Figur. Bei der Anhörung im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zum Traum aller anti-kapitalistischen Hobby-Ökonomen, der so genannten ‚Tobin-Steuer‘, wehrt Löning den Blutsauger ab: „Die Tobin Tax ist tot. Da helfen auch keine rituellen Wiederbelebungsversuche durch Rot-Grün.“ Sieben silberne Nägel ins Herz, dieser gibt ihm den Rest: „Die internationalen Finanzmärkte erfüllen eine wichtige ökonomische Funktion. Es ist unmöglich, im Steuerrecht zwischen moralisch guten Transaktionen und moralisch verwerflichen Spekulationen zu unterscheiden. Es ist falsch, ökonomische Vorgänge mit moralischen Kategorien zu messen. Es ist Aufgabe der Finanzmärkte, verfehlte Wirtschaftspolitik transparent und damit Druck auf Regierungen zu Korrekturen zu machen.“

(au) Liberale Herausforderungen beginnen im Kleinen. Wenn im Abgeordnetenhaus die Bürogemeinschaft **Christoph Meyer** MdB (Charlottenburg-Wilmersdorf) und **Sibylle Meister** MdB (Reinickendorf) die Schreibtische nur noch fliegend erreichen kann, Aktenberge des Hauptausschusses, all seiner Unterausschüsse, des Untersuchungsausschusses Tempodrom sowie der Bereiche Kultur und Recht sich im Raum 471 stapeln, dann pilgern die beiden unbürokratisch zu IKEA, um eine neue Regaleinheit zu organisieren. Derzeit schaffen sie Platz für die Papierflut der Haushaltberatungen 2006/07.

Die nachfolgende, vorzügliche Personalie entnehmen wir der Ausgabe 12/05 des Magazins DER SPIEGEL:

Dirk Niebel, 41, FDP-Arbeitsmarktexperte und als Nachfolger von Generalsekretärin Cornelia Pieper im Gespräch, tauschte mit Wolfgang Branoner, ehemaliger Berliner CDU-Senator, bei einer Tasse Kaffee Nettigkeiten aus. Branoner erinnerte sich, politisch bei der FDP angefangen zu haben, erst später sei er der CDU beigetreten. Niebel gab freundlich zurück: „Und ich habe in der CDU angefangen und bin dann später in die FDP eingetreten – als ich 18 wurde und endlich selbständig denken konnte.“

Leserbriefe

Ina Ritter (LV Baden-Württemberg)

Als Prognose für den NRW-Wahkampf meldet die Hannoversche Allgemeine: Grüne 8% (trotz Visa-Fischer), FDP 6%. Das bedeutet Lebensgefahr für unsere Partei, denn jeder, der den ach so nötigen Regierungswechsel in NRW will, sagt sich, dann lieber gleich CDU wählen, vielleicht fällt meine Stimme sonst durch die 5%-Klappe.

Das ist ein Trauerspiel. Dabei könnte die FDP gerade bei der Energiepolitik Scharen von Wählerstimmen ernten. Aber es wird auch nach der Bundespolitik der FDP entschieden – und da erkennt man Doppelzüngigkeit und Klientelpolitik. Und Niedersachsen gibt beim Energie-Thema den Ton an in der Bundestagsfraktion.

Erst hat die FDP grüne CO₂-Legenden gestärkt. Dann Trittin bei der Kyoto-Vereinbarung angegriffen, jetzt machen die grünen Zuchtobjekte einen Strich durch die Rechnung, indem sie die gewollte Wende in der Energiepolitik (zurück zu Kernkraft) auflaufen lassen. So ist das, wenn man nicht ehrlich und sachlich argumentiert.

Die FDP hat seit 2002 einen Bundestagsbeschluss ‚Forderung nach Abschaffung des EEG‘. Aber ausgerechnet der niedersächsische FDP-Umwelt und Energieminister Sander will für seine Klientel sogar Offshore-EEG-Förderung in Vogelschutzgebieten. Das muss man sich vorstellen – ein Umweltminister! Und auch die Klientel-Wählerarbeit von MdB Brunkhorst ist bekannt.

Ist es ein Wunder, dass viele Leute sich fragen: „Warum eigentlich diese FDP wählen“?

www.fdp-umwelt.de

Der Ausgangspunkt war die ‚umweltpolitische Gesprächsreihe‘ gewesen, welche Maren Jasper 2003 für unseren Bezirksverband erfand: Mit fachkundigen Referenten wurden Themen einer Umweltpolitik jenseits der Regulierung und gestaltet durch Anreize diskutiert. Der LFA Umwelt, der jahrelang nicht getagt hatte, entwickelte sich hieraus neu und ist wieder aktiv. So gelang es auch, in die Programmschrift ‚Berliner Freiheit‘ ein ausführliches Umweltkapitel einzufügen.

Nun hat unser Bezirksverband mit Maren Jasper (technische Realisierung Ingo Kamps) die Webseite www.fdp-umwelt.de ins Leben gerufen. Sie enthält Positionen zu wichtigen Aspekten der Umwelt- und Energiepolitik und soll Diskussionen anregen. Experten aus dem Landesverband, FDP-Mitglieder und Externe, auch Bundestags- und Europa-Abgeordnete haben Artikel verfasst. Die Autoren präsentieren FDP-Programmatik und eigene Standpunkte. Es ist ein virtuelles Buchprojekt, das jederzeit erweiterbar ist. Ziel ist es, die Umweltpolitik wieder in Verbindung mit der FDP zu bringen und zu zeigen, dass liberale Lösungen und Expertenwissen vorhanden sind und eine Alternative zur verordnenden, unpraktischen und kompromisslosen Grünenpolitik bieten.

Lassen Sie sich überraschen: **Am 23.04. ist „Website Release Party“** (siehe Seite 12).

Liberales Unternehmen in Mitte: Dr. Heiko Müller-Nick (OV Friedrichstadt)



Heiko Müller-Nick, geboren 1963 bei Heidelberg, ist Vorstand der IMP Computersysteme AG. Das innovative Softwareunternehmen entwickelt und vertreibt integrierte Systemprogramme für die Labordiagnostik, im Mittelpunkt steht eine auf den Kunden zugeschnittene Standardsoftware für klinisches Labor, Blutspendedienste und Blutbanken. Gründungsmitglied Müller-Nick leitet die gut 30 Mitarbeiter starke Softwareschmiede seit ihrer Entstehung 1989. Bereits während seines Medizinstudiums in Heidelberg entdeckte der promovierte Mediziner und diplomierte Betriebswirt seine Leidenschaft fürs Programmieren und entwickelte Anwendungen für Ärzte und Professoren. Ein Forschungsjahr in Cambridge (UK) konnte ihn nicht überzeugen, ausschließlich der Medizin zu dienen: Er wagte endgültig den Schritt in die Selbständigkeit. 1992 nach Berlin gezogen, engagiert sich der agile Unternehmer und passionierte Freizeitpilot als Vorstandsrat im Unternehmerverband Berlin und ist seit 1999 in der FDP aktiv. Derzeit beschäftigt ihn besonders die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, doch als Unternehmer liegt ihm auch der Abbau der Bürokratie für junge und innovative Firmen am Herzen. Für Heiko Müller-Nick ist ein lebenslanges Lernen der Schlüssel zum Erfolg: Noch in diesem Jahr will er seinen Master in Informatik an der Fernuniversität Hagen abschließen.

Termine

April 2005

- 12.04 17.45h OV Friedrichstadt: **Exklusivbesichtigung** der Infobox Stadtschloss – Treffpunkt U-Bahn Hausvogteiplatz – anschließend **Mitgliedertreffen** – Thema Wiederaufbau Stadtschloss, Handwerkskunst & Perspektiven – im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 12.04 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 13.04 19.00h OV Zehlendorf: **Stammtisch** – mit Dirk Niebel – im Fontaine (Onkel-Tom-Strasse)
- 14.04 19.30h BV Mitte: **Besprechung der LPT-Delegierten** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 16.04 10.00h LV Berlin: **Ordentlicher Landesparteitag** in der Universal Hall (Gotzkowskystr 22) – Infos unter www.fdp-berlin.de
- 20.04 19.00h OV Wedding: **Mitgliederversammlung** – Brainstorming zur Verbandsarbeit – im Gaagan (Seestr. 101)
- 20.04 20.00h FNSt und LTD: **Podiums-Diskussion** – „Der lange Weg der Türkei in die EU“ mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger u.a. – im Lichtburgforum (Behmstr. 13)
- 21.04. 17.30h *BVV-Mitte*: **Plenums-Sitzung** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1), Otto-Suhr-Saal
- 21.04 19.30h AH-Fraktion: **Diskussionsveranstaltung** – Thema: Zukunft der FDP, mit Gerhart-Rudolf Baum, Martin Lindner, Jürgen Dittberner – im Abgeordnetenhaus (s. Display)
- 23.04 11.00h Liberale Internationale: **Podiums-Diskussion** – Thema: Fundamentalismus und Offene Gesellschaft, mit Markus Löning, Alexander Alvaro u.a. – im Rathaus Schöneberg, Raum ‚Casino‘ – 14.00h **Jahresmitgliederversammlung** der Deutschen Gruppe der Liberalen Internationale e.V. – Vorstandswahlen u.a. – a.a.O.
- 23.04 19.00h BV Mitte: **Website Release Party** – Feierliche Eröffnung der liberalen Umwelt-Webseite www.fdp-umwelt.de, einem Projekt des Bezirksverbandes Mitte, Festreden von Markus Löning u.a. – in der Galerie Denninger (Torstr. 154) – u.A.w.g. bis zum 18.04. unter jasper@fdp-berlin.de
- 24.04 11.30h OV Tiergarten: **Brunch** – Thema: Wirtschaftsförderung, Bestandspflege und Neuan-siedlungen: Wie begleiten Land und Bezirk den Mittelstand? – mit Heidrun Rhode-Mühlenhoff (ZAK) und Ertugrul Tolan – im Wahlhalla (Krefelder Str. 6)
- 26.04 19.30h LV Berlin: **Landesausschuss (JHV)** im Rathaus Schöneberg, BVV-Saal

Mai 2005

- 04.05 19.30h JuLis Mitte: **Mitglieder- und Interessententreffen** im Ristorante Pizzeria Romana (Stresemannstrasse 128)
- 06.05 – 07.05 Bundesverband: **Ordentlicher Bundesparteitag** – u.a. Vorstandswahlen, Satzungs-änderung, Leitantrag ‚frei & fair‘ und Feldgottesdienst – in Köln
- 10.05 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 10.05 20.00h OV Friedrichstadt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 22.05 18.00h Bundesverband: **Wahlparty** zur Landtagswahl NRW im Thomas-Dehler-Haus
- 29.05 11.30h OV Tiergarten: **Brunch** im Wahlhalla (Krefelder Str. 6)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de
Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de**

Vorstands-Sitzungen sind, soweit hier genannt, für Mitglieder öffentlich.

Buch-Tip: **Jürgen Dittberner: Die FDP**, 408 Seiten, 24,90 Euro, Vs Verlag - Februar 2005

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.